Über die Last der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft

Intellektuelle aus Bosnien, Kroatien und Serbien im Gespräch über den Krieg und den Frieden

In Frankfurt a.M. fand Anfang Februar eine Art Friedenskonferenz der demokratischen Opposition aus Bosnien, Kroatien und Serbien statt, die durch Intellektuelle aus Deutschland (Daniel Cohn-Bendit, Strassburg, Helmut Dubiel, Frankfurt und Claus Leggewie, Giessen) sowie aus der Schweiz (Georg Kreis) vorbereitet und begleitet wurde. Das Fazit der Äusserungen der aus Sarajewo, Belgrad und Zagreb hergereisten Vertreter und Vertreterinnen aus Philosophie, Soziologie, Geschichts- und Politikwissenschaft ist von tiefer Resignation geprägt: Aus eigener Kraft schafft das ehemalige Jugoslawien weder die Beendigung des Kriegs noch einen demokratischen Aufbau der einzelnen Staaten. Erfordert ist, insbesondere für Bosnien, ein zehnjähriges internationales Protektorat, um die Schaffung und Entwicklung demokratischer Friedensstrukturen zu ermöglichen.

Maja Wicki

Intellektuelle zeichnen sich dadurch aus, sagte der Philosoph Gvozden Flego aus Zagreb, dass sie fähig sind zu erkennen, was andere nicht erkennen, dass sie ihre Erkenntnis nicht für sich behalten, sondern sie publik machen und dass sie versuchen, die politische Realität entsprechend dieser Erkenntnisse zu beeinflussen und zu verändern. Wenn es allerdings keine Öffentlichkeit im demokratischen Sinn gebe, wie dies in allen Staaten des ehemaligen Jugoslawien der Fall sei, bleibe vielen nur die innere Emigration, stellt er fest. Angesichts der Resignation, die in Gvozden Flegos Aussage deutlich wird, kommt der Frankfurter Konferenz besondere Bedeutung zu. Sie schuf die Möglichkeit einer geschützten Öffentlichkeit für geschichts- und gegenwartsanalytische Arbeit, für prospektive Entwürfe sowie für den Austausch der persönlichen und kollektiven Erfahrungen unter Intellektuellen, die in ihren Herkunftsländern sich nicht treffen können, um gemeinsam über Krieg und Frieden nachzudenken. Zudem soll die Arbeit, die in Frankfurt geleistet wurde, in einer weiterführenden Konferenz fortgesetzt werden, die unter der Schirmherrschaft der Europäischen Kommission vermutlich in Sarajewo stattfinden wird. Bei der Konferenz in Frankfurt ging es mithin einerseits um die Analyse des Misslingens demokratischer Projekte im Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärungen, andererseits um die selbstzerstörerische Entwicklung seit Ausbruchs des Kriegs im Jahre 1991, sodann um die Folgen des Kriegs, um dessen Beendigung und um demokratiefähige. menschenrechtskonforme Friedenskonzepte.

Warum kam es zum Krieg?

"Es gibt keine objektive Geschichte, nur diskursive Wahrheitsfindung", mahnte der Historiker Georg Kreis vom Europa-Institut Basel. Diskursive Wahrheitsfindung impliziere, dass anstelle von Vergessen und Verdrängen die - eventuell unabschliessbare - Verarbeitung belastender Vergangenheit gewagt werde, damit nicht "weisse Flecken" entstünden, damit aus traumatischer Vergangenheit nicht infolge von Wiederholungszwängen oder kollektiven Kompensationsmechanismen von neuem traumatische Gegenwart entstehe, die erneut einem Zukunftsentwurf entgegenstände, der endlich den elementaren Bedürfnisser Menschen gerecht würde.

An der Bereitschaft zur Analyse der Ursachen des Kriegs fehlte es bei den Konferenzteilnehmern und -teilnehmerinnen nicht, und die unterschiedlichen Gewichtungen entsprachen *Georg Kreis* 'Postulat der diskursiven Wahrheitsfindung.

Einen "dreckigen Handel mit Menschenleben um Territorien" nannte Gajo Sekulic von der Philosophischen Fakultät Sarajewo den Krieg, eine "Fortsetzung der ruralen Tradition Serbiens sowie gewisser Teile Bosniens und Kroatiens, einen Kampf der Dörfer gegen die Städte Bosniens, insbesondere gegen Sarajewo und Tuzla, die seit Jahrhunderten Modelle des Zusammenlebens von Menschen vieler Kulturen waren", bestätigte Ivan Zvonimir Cicak, der als Oppositioneller in jedem Regime Gefangenschaft und Verfolgung kannte und heute Präsident der Kommission für Menschenrechte und und Freiheit in Zagreb ist. Eine "tägliche Produktion von Hass", an der auch einzelne Intellektuelle und viele Medienleute ihren Anteil hätten, sagte er, habe den blinden und erbarmungslosen Kampf vorbereitet. Doch die Stadt-Land-Antinomie allein genügt nicht, um Hassparolen Nachhaltigkeit zu verleihen und um das Entstehen des nun schon Jahre dauernden entsetzlichen Kriegs zu erklären. "Damit Töten möglich ist, müssen Menschen in einen psychischen Mobilisierungszustand versetzt werden", erklärte Gvozden Flego. "Feindbilder, Menschenverachtung, Verachtung der Andersdenkenden, Unterordnung unter Führerfiguren, Überschätzung der eigenen Nationalität und der eigenen heroischen Rolle - all dies muss vorbereitet werden". Gvozden Flego wie Gajo Sekulic wiesen auf die Tatsache hin, dass seit der Errichtung des Staatssozialismus weder demokratische liberale Strukturen noch eine selbstverantwortliche Zivilgesellschaft entstehen konnten, die fähig gewesen wären, einen Krieg zu verhindern. "Daher zerfällt Bosnien, daher diese totale Niederlage der Menschenrechte" sagte Gajo Sekulic.

Mit dem doppelten Mangel an demokratischen Strukturen sowie an einer kritischen und propagandaresistenten Zivilgesellschaft einher ging. nach *Gvozden Flego*, eine wachsende Verselbständigung der Rolle der Armee, deren grosse Mitschuld am Ausbruch des Kriegs nicht unterschlagen werden dürfe. Ebenso sehr müsse das Augenmerk auf die Entstehung des Nationalismus gelegt werden, betonte *Zaga Golubic* aus Belgrad, eines aggressiven Nationalismus, der durch die Aufbauschung nationaler Mythen sowie durch die Herabsetzung anderer Völker für grosse Teile der Bevölkerung, die nach dem Ende des Staatssozialismus unter einem Wertevakuum litten, zur stärksten Identitätskrücke geworden sei. So habe sich Ende der achtziger Jahre die Ethnisierung der Gesellschaft zugespitzt, die zur Konstruktion ethnozentrischer Forderungen und zum Horror der "ethnischen Säuberungen" geführt habe.

Wie können "unwahrscheinliche Friedenschlüsse" zustandekommen?

"Der Krieg bedeutet eine tief regressive Lebensveränderung", hielt Gvozden Flego fest. "Pathologisch narzistisch, gefühlsstumpf, zutiefst gedemütigt, angstbesetzt - es werden nach dem Krieg zumindest zehn Millionen psychische Opfer zu zählen sein. Dazu kommt die politische Regression. Der Krieg unterbindet die wichtigsten Freiheiten, eigentlich alle. Wie aber sollen psychisch beschädigte Menschen fähig sein, eine Demokratie aufzubauen", fragte er, nachdem Claus Leggewie über "unwahrscheinliche Friedenschlüsse" gesprochen und angeregt hatte, im Sinn der Spieltheorie über Möglichkeiten für Jugoslawien, insbesondere für Bosnien nachzudenken. "Demokratien müssen dem Modell menschlicher Beziehungen entsprechen. Wie soll dies nach einem solchen Krieg möglich sein?" fragte Flego weiter. Wie soll ein Staatswesen aufgebaut werden können, das, gemäss Ivan Prpic aus Zagreb, ein Modell der Toleranz sein kann, wenn "Toleranz" als politologischer Begriff verstanden wird? Georg Kreis betonte, dass es Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates sei, Gegensätze zu integrieren und Möglichkeiten der friedlichen Konfliktregelung - nicht der Konfliktbeseitigung -zu schaffen. "Kollektives Lernen erfolgt nach bestimmten geschichtlichen Vorgaben", hielt er fest. Auch Daniel Cohn-Bendit wies auf die Tatsache hin. dass etwa in Deutschland nach 1945 kein demokratisches Bewusstsein vorhanden war, dass aber dank der bedingungslosen Auferlegung demokratischer Strukturen durch die Besatzungsmächte ein Training in Demokratie möglich wurde, sodass allmählich eine

"normale" Demokratie, "weder eine besonders gute noch besonders schlechte", wie er sagte, zustande kam.

Daniel Cohn-Bendit hielt mit Nachdruck fest, das, nachdem die internationale Gemeinschaft bei der Verhinderung des Kriegs versagt habe, sie nun eine grosse Verantwortung für das Zustandekommen des Friedens trage. Allzu lange hätte sie von Jugoslawien weggeschaut, um nicht handeln zu müssen. Was es nun dringend brauche, seien Lebensperspektiven für die Menschen in den ehemaligen Teilrepubliken, insbesondere in Bosnien, sei eine effektive Wirtschaftshilfe, analog zum Marshallplan. "Eine Zeit der Ruhe", ergänzte Gvozden Flego, ein Moratorium für den Wiederaufbau auch in psychischer und sozialer Hinsicht. Gajo Sekulic forderte die Einrichtung eines "internationalen Patronats". Im Lauf der weiteren Diskussion wurde deutlich, dass für eine absehbare, nicht zu kurze Zeit - für zehn Jahre - ein internationales Protektorat, eventuell durch die EU, errichtet werden müsste, damit der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung, der Aufbau demokratischer Strukturen und ein "Training" in Demokratie als nachhaltiges Friedensprojekt eine Chance hätte.

7651 Zeichen